

Gemeinde Steinburg
Sitzung der Gemeindevertretung
vom 29.10.2018
in der Bahnhofsgaststätte Bern,
Poststr. 1a, Mollhagen
Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 22:30 Uhr
Unterbrechung von 21:45 Uhr
bis 21:50 Uhr

Das Protokoll dieser Sitzung
umfasst die Seiten 1 bis 13

Mielczarek
(Protokollführer)

Gesetzl. Mitgliederzahl: 17

a) stimmberechtigt:

1. Bgm Meyer
2. GV'in Fenske
3. GV Bern
4. GV Höppner
5. GV Moß
6. GV'in Haase
7. GV'in Tretau
8. GV'in Martens
9. GV Busche, W.
10. GV Saggau
11. GV Busche, H.
12. GV Busche, D.
13. GV'in Hack
14. GV Steinmann
15. GV Heß
16. GV Knak
17. GV Jendrek

b) nicht stimmberechtigt:

Hr. Mielczarek; Amt Bad
Oldesloe-Land, Protokollführer

es fehlen:

./.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 19.10.2018 auf Montag, den 29.10.2018 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der amtierende Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder – 17 – beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Bgm Meyer die TOP 13) und 14) nicht öffentlich zu beraten.

Da hierzu keine Aussprache gewünscht wird, ergeht folgender Beschluss:

Die TOP 13) und 14) werden nicht öffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

Tagesordnung

1. Protokoll der Sitzung vom 30.08.2018
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Berichte aus den Ausschüssen und Verbänden
4. Einwohnerfragestunde
5. Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter
6. Haushaltsanmeldungen der Feuerwehr
7. Schmutzwassergebühren;
hier: Beschluss über die Beibehaltung der Gebührenhöhe
8. Spende von Findlingen am Dorfanger
9. Schaffung eines Zugangs in das Schulgelände links neben der Zufahrt Eichedeer Straße
10. Veranstaltungskalender Steinburg für 2019
11. Autohof Hammoor;
hier: raumordnerische Beteiligung der Nachbargemeinden
12. Regionalplanung Windenergie; 2. Entwurf für den Planungsraum III
13. Grundstücksangelegenheiten
14. Vertragsangelegenheit

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Bürgermeister Meyer per Handschlag das bürgerliche Mitglied Frau Büscher auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten als Mitglied im Kulturausschuss. Die Verpflichtung in der Gemeindevertretersitzung ist erforderlich, da Frau Büscher bei der letzten Sitzung nicht anwesend war und sie die stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses ist. Somit wird sichergestellt, dass der Kulturausschuss im Vertretungsfall handlungsfähig ist.

TOP 1: Protokoll der Sitzung vom 30.08.2018

Zum vorliegenden Protokoll ergeben sich keine Einwände.

TOP 2: Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Meyer berichtet über folgende Punkte:

- a) Am 25.09.2018 tagte der Zweckverband Abwasserverband Sandesneben. Hier ging es insbesondere um die künftige Struktur des Verbandes. Es gibt Überlegungen, die Gemeinden des ehemaligen Amtes Nusse wieder im Zweckverband aufzunehmen. Vor der Sitzung fand eine Begehung der Klärschlammbehandlungsanlage statt. Bei der gleichzeitigen Überprüfung wurde ein großer Verschleiß der Zentrifuge festgestellt.
- b) Der Beschluss des Ortsentwicklungskonzeptes vom 30.09.2018 wurde auf den Weg gebracht. Die Ausschreibung endet am 02.11.2018. Die Gemeinde wird ein Planungsbüro nach deren Präsentation auswählen. Der Fertigstellungstermin des Ortsentwicklungskonzeptes ist der 31.05.2019. Es sollen Einwohnerversammlungen in Sprenge, Mollhagen und Eichede in den ersten Monaten des kommenden Jahres stattfinden.
- c) Zum Landesentwicklungsplan-Regionalplan für den Planungsraum III wird berichtet, dass die Gemeinde Steinburg bis zum 18.10.2018 die Gelegenheit hatte Ortsentwicklungskonzepte einzureichen. Der Kreis wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Steinburg die Erstellung eines Ortsentwicklungskonzeptes plant. Weiterhin wurde gefordert, dass das nachzureichende Ortsentwicklungskonzept im Entwurf des Regionalplanes Berücksichtigung findet. Mitte 2019 sollen alle Unterlagen gesichtet sein und bis Anfang 2020 ein erster Entwurf des neuen Regionalplanes III vorliegen.
- d) Der Vertrag über die Nutzung des Grundstücks Hauptstraße 2 wurde zweimal verlängert, da die Arbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als zunächst gedacht. Die zweite Verlängerung läuft am 31.10.2018 aus.
- e) Der Bürgermeister hat die Reparatur/Aufstellung der beschädigten Straßenlaterne Eichedeer Straße/Viehkatenweg beauftragt. Ein Unfallverursacher konnte nicht ermittelt werden, daher gehen die Kosten zulasten der Gemeinde.
- f) Der Bürgermeister berichtet über eine Eilentscheidung, welche er am 24.09.2018 zur Beschaffung einer Abwasserpumpe für das Hauptpumpwerk in Eichede getroffen hat.
- g) Am 11.09.2018 war der Bürgermeister bei der Interessengemeinschaft Uns Dörf Eick zu Gast. Die Gruppe möchte 27.04.2019 einen Tag der offenen Tür in der Schulscheune durchführen. Die Gemeinde wird gebeten, die Schirmherrschaft wegen der Haftungsfragen usw. zu übernehmen. Die Angelegenheit soll auf der nächsten GV im Dezember beraten werden. Die Fraktionen werden um ein Meinungsbild gebeten.
- h) Das Amt wird gebeten, auch für die bürgerlichen Mitglieder Ausgaben des Buches Gemeindeverfassungsrecht zu beschaffen. Weiterhin sollen den bürgerlichen Mitgliedern zukünftig alle öffentlichen Sitzungsvorlagen der GV und Ausschüsse übersendet werden, auch wenn sie nicht Mitglied im Ausschuss sind.

TOP 3: Berichte aus den Ausschüssen und Verbänden

- a) GV Wolfgang Busche berichtet über die letzte Sitzung des Umweltausschusses. Themen waren u.a. die Nachverdichtung der Straßenbeleuchtung und die Beauftragung eines Baumgutachtens über Totholz. Weiterhin wurde festgestellt dass in der Gemeinde Sprengung 8 Gullys verschraubt sind. Einige der Deckel konnten durch den Gemeindegewerkschafter geöffnet werden, so dass eine Spülung möglich ist. Andere Deckel müssen durch eine Fachfirma geöffnet und wiederhergestellt werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Gemeindegewerkschafter hat zwischenzeitlich bis auf einen alle Bolzen an den Deckeln herausgeschraubt. Nur ein Bolzen muss von einer Fachfirma entfernt werden.

- b) GV'in Martens berichtet über die Finanzausschusssitzung vom 25.09.2018. Themen waren die Schmutzwassergebühren, die Budgetplanung der Feuerwehren, die Bilanz des Jahres 2015, der Umgang mit den neuen Einheitswerten für die Grundsteuer, die Kürzung der Fehlbetragszuweisung sowie die Gebührensatzung der Feuerwehren.
- c) Bürgermeister Meyer berichtet über die Sitzung des BPA vom 17.10.2018. Hier wurde unter anderem der Bedarfsplan für die Feuerwehren beraten. Weiterhin wurde das Thema Nutzung eines Katastrophenschutzfahrzeuges durch die FFW Mollhagen besprochen. Alle weiteren Themen stehen auf der heutigen Tagesordnung.
- d) GV Jendrek berichtet dass der KSSS nicht getagt hat. Die nächste Sitzung soll am 08.11.2018 stattfinden. Hauptthema wird der Veranstaltungskalender 2019 sein.
- e) GV'in Fenske berichtet über die Tagung des Kindergartenzweckverbandes vom 26.09.2018. Thema waren u.a. die Bekämpfung des Legionellenbefalles und die Abrechnung der Heiz/Stromkosten mit dem Schulverband. Die nächste Sitzung soll am 24.11.2018 stattfinden. Hier geht es um den Austausch der Armaturen im Krippenbereich um die Verbrühungsgefahr zu vermindern.
- f) Bürgermeister Meyer berichtet für den Schulverband Mollhagen, dass der Finanzausschuss am 05.11.2018 und die Verbandsversammlung am 21.11.2018 tagt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner regt an, dass sich die Gemeinde positiv mit der Windkraft auseinandersetzt. Insbesondere erhält die Gemeinde pro Anlage Zahlungen von 10 T€ bis 20 T€ und auch die Gewerbesteuererinnahmen sind nicht zu vernachlässigen.

TOP 5: Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

- a) GV Wolfgang Busche fragt nach, weshalb er die Einladungen nicht mehr elektronisch erhält. Der LVB merkt an, dass der Versand von vertraulichen Unterlagen per Mail ohne Verschlüsselung datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Daher wurde der Versand ab der neuen Wahlzeit eingestellt. Das Amt arbeitet an einer praktikablen Lösung.
- b) GV Heiko Busche berichtet, dass das Hinweisschild zur Schulscheune beschmiert wurde. Der Bürgermeister berichtet, dass Strafanzeige gestellt wird. Sodann soll das Schild gereinigt werden.
- c) GV Heiko Busche berichtet, dass der Zustand der Möllner Straße in Eichede sehr schlecht ist. Das Amt möge beim Straßenbaulastträger die Sanierung anregen.

TOP 6: Haushaltsanmeldungen der Feuerwehr

GV'in Martens berichtet, dass sich der Finanzausschuss mit den Anfragen der Feuerwehren befasst hat. Die meisten Anträge wurden positiv beschieden.

Folgende Anträge wurden an den BPA verwiesen und wie folgt empfohlen:

- a) FF Mollhagen:
Ersatzbeschaffung Kübelspritze => Kosten rd. 2.850,00 €
Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 0 Enthaltung, 7 Nein-Stimmen
- b) FF Sprengel:
Beschaffung 1 Hohlstrahlrohr und Absperrorgan für Schlauchpaket-Innenangriff =>
Kosten: rd. 700,00 €
Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Enthaltung, 0 Nein-Stimmen
- c) Jugendfeuerwehr Steinburg:
 - a. Beschaffung einer Feuerwehr-Kabeltrommel => Kosten 389,00 €
Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen, 2 Enthaltung, 4 Nein-Stimmen
 - b. Beschaffung von Leitkegeln => Kosten 55,20 €
Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Enthaltung, 0 Nein-Stimmen
 - c. Beschaffung von Blitzler und Ladeschalen im Paket
=> Kosten 290,25 € + 157,50 € = 447,75 €
Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Enthaltung, 1 Nein-Stimmen
 - d. Beschaffung B-Strahlrohr,
Die Abstimmung entfällt, weil GV Moß erklärt, dieses der Jugendwehr zu spenden.

GV Heß teilt mit, dass für ihn nicht nachvollziehbar ist weshalb die Jugendfeuerwehr Anträge auf Zuschüsse stellen kann und diese bewilligt wurden und die örtlichen Sportvereine leer ausgehen. Er empfinde diese Vorgehensweise als ungerecht gegenüber den Sportvereinen welche ebenfalls Jugendarbeit leisten.

GV Höppner teilt mit, dass die Jugendfeuerwehr anders als die Sportvereine eine Einrichtung der Gemeinde ist und insbesondere der Nachwuchsgewinnung für die Feuerwehren dient. Daher kann die Jugendfeuerwehr nicht mit den Sportvereinen gleichgesetzt werden.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die nachfolgenden Ausrüstungsgegenstände zu beschaffen und entsprechende Mittel im Haushalt 2019 einzuplanen:

Freiwillige Feuerwehr Mollhagen

- Ersatzbeschaffung Tauchpumpe; Ansatz: 2.800 €
- Ersatzbeschaffung Druckminderer Atemschutzgeräte; Ansatz: 2.000 €
- Ersatzbeschaffung Bereifung LF 10/6; Ansatz: 3.600 €

noch zu TOP 6):

Freiwillige Feuerwehr Spreng

- Ersatzbeschaffung 2 A-Saugschläuche; Ansatz: 600 €
- Ausrüstungsergänzung 1 Hohlstrahlrohr, Absperrorgan für Schlauchpaket-Innenangriff, Ansatz: 700,00 €
- Erstbeschaffung 1 System-Rückfluss-Verhinderer zur Wasserentnahme aus Hydranten; Ansatz: 2.000 €

Freiwillige Feuerwehr Eichede

- Erstbeschaffung 1 System-Rückfluss-Verhinderer zur Wasserentnahme aus Hydranten; Ansatz: 2.000 €

Freiwillige Feuerwehren Brandschutzerziehung / Aufklärung

- Ersatzbeschaffung von 2 Ausbildungstelefonanlagen; Ansatz: 380 €
- Haushaltsmittel für die Kostenerstattungen an Arbeitgeber für Zeiten der Brandschutzerziehung (Verdienstausschlag); Ansatz: 2.000 €

Jugendfeuerwehr Steinburg

- Beschaffung Leitkegel; Ansatz 55 €
- Beschaffung Blitzer und Ladeschalen; Ansatz: 447,75 €

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 7: Schmutzwassergebühren

GV'in Martens berichtet, dass sich der Finanzausschuss auf seiner letzten Sitzung mit der Thematik befasst hat. Die Amtsverwaltung hat die Nachkalkulation der Jahre 2015 und 2016 sowie die Vorkalkulation erstellt. Diese liegt den Gemeindevertretern vor. Eine Gebührensenkung oder Erhöhung ist nach den vorliegenden Zahlen nicht erforderlich.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, die Gebühren für das folgende Jahr 2019 auf dem aktuellen Niveau zu belassen, d.h. die Zusatzgebühr bei 2,90 € je cbm Schmutzwasser und die Grundgebühr bei 10,00 € / Monat.

Die Rückstellung der Überdeckungen aus den Vorjahren 2015 bis 2017 kann die Kostensteigerungen voraussichtlich weitgehend auffangen, so dass die Gebühren vorerst stabil gehalten werden können.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen

TOP 8: Spende von Findlingen am Dorfanger

Bürgermeister Meyer berichtet über die angebotene Sachspende von Herrn Michaelson. Er möchte der Gemeinde Findlinge für den Hinkelstein am Dorfanger spenden. Um die Formalitäten und den Transport soll sich die Gemeinde kümmern. Der BPA hat sich auf seiner letzten Sitzung mit der Thematik befasst.

noch zu TOP 8):

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeindevertretung folgt der Beschlussempfehlung des BPA, die Situation am Hinkelstein auf dem Dorfanger unverändert zu lassen.

Abstimmungsergebnis 17 Ja-Stimmen

TOP 9: Schaffung eines Zugangs in das Schulgelände links neben der Zufahrt Eichedeer Straße

Bürgermeister Meyer berichtet über die Beratungen im letzten BPA.

Zurzeit müssen die Kinder, die aus Richtung Eichenkamp kommen, die Parkplatzzufahrt queren, um auf den Gehweg zum Schuleingang zu gelangen. Abhilfe könnte dadurch geschaffen werden, dass auf dem gemeindeeigenen Grundstück linksseitig der Zufahrt der Zaun abgebaut und eine Art Gehweg mit wassergebundener Oberfläche hergestellt wird.

Auf Nachfrage teilt der Bürgermeister mit, dass die Maßnahme nur umgesetzt wird, wenn auch der Schulverband zustimmt. Hier wurde im Vorgespräch die Zustimmung bereits signalisiert. Weiterhin wird berichtet, dass die Gemeinde für die Maßnahme maximal 500 € aufwenden muss, da ein Energieversorger hier sowieso eine Leitung verlegt und in diesem Zuge der Zugang geschaffen werden kann.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

In der Eichedeer Straße soll zur Sicherheit der Schulkinder links neben der Ein-/Ausfahrt in/aus dem Schulgelände ein Eingang für Fußgänger geschaffen werden. Schulkinder, die aus Richtung Eichenkamp kommen, müssen dann nicht mehr die Ein- bzw. Ausfahrt queren. Die derzeit gefahrenträchtigen Situationen können so vermieden werden.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, auf dem Gemeindegrundstück den erforderlichen Weg anlegen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme

TOP 10: Veranstaltungskalender Steinburg für 2019

GV Jendrek berichtet über den Sachstand. Im nächsten KSSS soll die weitere Vorgehensweise besprochen werden. Hinsichtlich der Inserate liegen ihm nicht alle Interessenten vor, beim Verlag jedoch schon. Er bittet daher darum, dass sich alle Interessenten beim KSSS melden sollen. Weiterhin bittet er um Rückgabe der Erklärungen nach der DSGVO, damit der Kalender fertiggestellt werden kann.

TOP 11: Autohof Hammoor;
hier: raumordnerische Beteiligung der Nachbargemeinden

Bürgermeister Meyer berichtet, dass sich der letzte BPA mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Im Weiteren wird der Sachstand erläutert.

noch zu TOP 11):

Die Gemeinde Hammoor hatte im Rahmen der gebotenen raumordnerischen Beteiligung der Nachbargemeinden für den 17.09.2018 zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, die sich auf dem Treffen als Teil der Abstimmungsbeteiligung herausstellte.

Den Nachbargemeinden wurde eine Frist für ihre Stellungnahme bis zum 18.10.2018 eingeräumt. Dieser kurzen Frist wurde in Anbetracht der schwerwiegenden Auswirkungen auf die Nachbargemeinden von deren Seite widersprochen, so dass eine Fristverlängerung bis zum 09.11.2018 gewährt wurde, was verglichen mit Zeiträumen, die sonst vom BauGB gewährt werden, immer noch kurz sei.

Aufgrund der hohen Betroffenheit der Gemeinden Todendorf, Lasbek und Steinburg - besonders im Hinblick auf den zunehmenden Verkehr- stehen die drei Bürgermeister im regen Austausch und prüfen rechtliche Schritte, damit ihre Belange umfassend berücksichtigt werden. Die Gemeinde Lasbek wird voraussichtlich das formelle Zielabweichungsverfahren einfordern.

Weiterhin stellt der Bürgermeister Fragestellungen vor, welche sich aus dem Projekt ergeben.

In der nachfolgenden Beratung bemängeln die Gemeindevertreter die geringen Informationen zur geplanten Maßnahme. Die Anwesenden sind sich darüber einig, das formelle Zielabweichungsverfahren einzufordern.

Nach eingehender Beratung ergeht folgender Beschluss:

Die Gemeinde Steinburg sieht sich durch die Planung der Gemeinde Hammoor, mit dem Bebauungsplan Nr. 17 die Errichtung eines Autohofes an der A1 zu ermöglichen, massiv in ihren Rechten verletzt und lehnt das Vorhaben unter den jetzigen Planungsbedingungen an dem Standort ab.

Das Vorgehen der Gemeinde Hammoor widerspricht planungsrechtlichen Grundsätzen und steht nicht mit dem Abstimmungsgebot des § 2 Abs. 2 BauGB im Einklang. Der laut dem Amt Bargtheide-Land von der Landesplanung angedachte Verzicht auf ein Zielabweichungsverfahren verstößt gegen § 6 ROG und § 13 Landesplanungsgesetz. Die Errichtung des Autohofes und die in der Begründung des Bebauungsplans Nr. 17 der Gemeinde Hammoor zum Ausdruck gebrachten weitergehenden Planungsüberlegungen machen eine raumordnerische Abwägung in einem Zielabweichungsverfahren zwingend erforderlich.

Im weiteren Verfahren sollen folgende Fragen durch die Planungsbehörden beantwortet werden:

- a) Es gibt keine konkrete Vorlage Bauphasenplanung; somit ist eine Prüfung der Auswirkungen auf die Nachbargemeinden in tatsächlicher und zeitlicher Hinsicht nicht möglich.**
- b) Gerüchteweise wird von einer Fertigstellung des Autohof-Areals innerhalb von 2 Jahren gesprochen, hinsichtlich der Fertigstellung der neuen Anschlussstelle Bargtheide von 10-15 Jahren. Wo findet in der Zwischenzeit der Schwerlast- und sonstige Straßenverkehr statt?**
- c) Die Verkehrsführungen bis zum Ende der Bauphase scheinen nicht komplett durchdacht und auch für die Zeit danach nicht. So sind u.a. keinerlei Radwegplanungen zu erkennen.**

noch zu TOP 11):

- d) In welchem Umfang wird in den 10-15 Jahren Bauzeit mit dem aufgrund der schwierigen Verkehrsverhältnisse auf die Nachbargemeinden ausweichenden Verkehr, insbesondere Schwerlastverkehr, umgegangen. Die Straßen in den Gemeinden sind nicht geeignet den Verkehr aufzunehmen. Zudem sind die Gemeinden nicht in der finanziellen Lage, die Straßen während der Bauzeit fortlaufend und letztlich grundlegend zu sanieren. Wer kommt für die Kosten auf? Wird der Kreis belastet, zahlen letztlich die Gemeinden?
- e) Auf welchen Straßen wird das Baumaterial etc. herangefahren?
- f) Wie sollen in den Gemeinden die vielen zusätzlichen gefahrenträchtigen Verkehrssituationen insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Radfahrer verhindert werden?
- g) Wer sorgt für die Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs in den betroffenen Gemeinden und wer bezahlt diese?
- h) Wird auf der L90 und weiteren Straßen eine Mautpflicht eingeführt?
- i) Es wird für den Autohof von täglich 2 x 110 LKW/Schwerlastzügen ausgegangen. Ist das realistisch? Kann ein Autohof von 220 Gästen/Tag wirtschaftlich existieren? Bekanntermaßen sind LKW-Fahrer keine Spitzenverdiener und neigen auf Autobahnraststätten auch nicht zu übermäßigen Geldausgaben.
- j) Den 220 Gästen/Tag stehen in den Unterlagen 900 Einwohnerwerte für Abwasser gegenüber. Wie erklärt sich die Differenz?
- k) Die durch das Gewerbegebiet entstehenden Verkehrsmengen und -belastungen in den Gemeinden, im Umfeld des BAB-Kreuzes und des Autohofes sind in keiner Weise dargelegt.
- l) Ist der mögliche Einsatz von "Gigalinern" mit einer Fahrzeuglänge von 25 m bei den Kreisradien etc. berücksichtigt?
- m) Welche Maßnahmen werden zur Entflechtung der verschiedenen Verkehrsarten im Sinne der Verkehrsunfallprävention vorgesehen?
- n) Wo werden Rad- und Fußwege gebaut?
- o) Es ist die Behauptung aufgestellt, der Individualverkehr werde nicht mehr nennenswert ansteigen sondern nur noch der Schwerlastverkehr auf den BAB. Handelt es sich um eine für den Bundesdurchschnitt getroffene Prognose? Eine Geltung für das südliche Stormarn, für die hier betroffenen Gemeinden erscheint schon wegen der Lage in der Metropolregion Hamburg höchst fragwürdig. (15.000 Wohnungen sind bis 2030 in Stormarn zusätzlich erforderlich) Die Wohnraumnachfrage ist ungebrochen.
- p) Welche zusätzlichen Belastungen kommen auf die umliegenden Feuerwehren und damit auch auf die Gemeinden zu? Betriebsgefahren auf dem Autohof? Verschiedene Gefahrguttransporte zeitgleich auf der Anlage im Schadensfall? Eine entsprechende Einschätzung für das Gewerbegebiet ist gar nicht möglich, weil entsprechende Daten komplett fehlen. Wie wird im Gefahrenfall bei nur einer Zu-/Ausfahrt zum Autohof und dem Gewerbegebiet eine notwendig werdende Evakuierung durchgeführt oder sind weitere, nicht aufgeführte Notwege auf Gemeindegebiet vorgesehen?
- q) Woher werden Trink- und Löschwasser mit welchen Auswirkungen auf die Nachbargemeinden genommen?
- r) In welcher Weise werden ca. 20 m hohe Gebäude (16 m + 3,50 m) und unbeschränkt hohe Werbe-Pylonen das Landschaftsbild beeinflussen?

noch zu TOP 11):

- s) **Autohof und Betriebe werden möglicherweise 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche auch "private Verkehre" aus der Umgebung erzeugen, z.B. wegen eines Fastfood-Restaurants. Wie soll der anschließenden Vermüllung der Landschaft im Umfeld mit dem Verpackungsmaterial vorgebeugt oder diese beseitigt werden?**
- t) **In welcher Weise werden finanzielle und wirtschaftliche Interessen der Gemeinde Steinburg betroffen sein? Da nicht erkennbar ist, welches Gewerbe in Hammoor angesiedelt werden soll, lassen sich die Auswirkungen auf die Interessen der Gemeinde Steinburg nicht vollumfänglich abschätzen.**
- u) **Wird der Autohof die Bemühungen Steinburgs um eine Verbesserung ihrer Nahversorgung tangieren?**
- v) **Wo werden Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen?**
- w) **Erscheint es nicht sinnvoll, eine Planungsgemeinschaft aller betroffenen Gemeinden zu bilden?**

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 12: Regionalplanung Windenergie; 2. Entwurf für den Planungsraum III

GV Wolfgang Busche berichtet, dass sich der Umweltausschuss in seiner letzten Sitzung mit der Thematik befasst hat und erläutert kurz den Sachstand.

Zum vorliegenden Planungsentwurf können Einwände bis zum 04.01.2019 online eingebracht werden.

Die Gemeinde soll bis dahin eine Stellungnahme erarbeiten. Beim nächsten Umweltausschuss am 20.11.2019 soll das Thema weiter behandelt werden. Der Arbeitskreis Windenergie wird sich in der 45. Kalenderwoche treffen um Argumente zusammenzutragen.

Ein Planungsbüro soll beauftragt werden um eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Das Büro Stolzenberg soll diese Stellungnahme erarbeiten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 3.000 €. Der Bürgermeister soll ermächtigt werden, das Planungsbüro zu beauftragen eine ablehnende Stellungnahme zu erarbeiten.

GV Heß erkundigt sich, ob nicht noch andere Angebote eingeholt werden müssten. Der Protokollführer merkt an, dass bei dieser Auftragshöhe auf weitere Angebote verzichtet werden kann.

GV Heiko Busche merkt an, dass die Verwaltung im Vorwege dem Land Bescheid geben soll, wenn eine Stellungnahme abgegeben wird.

GV Moß und GV Höppner regen an, eine ergebnisoffene Stellungnahme erarbeiten zu lassen und das Wort „ablehnend“ aus dem Beschluss zu entfernen.

Im weiteren Beratungsverlauf wird das Für und Wider einer „ablehnenden Stellungnahme“ beraten.

Nach kurzer Beratung ergeht folgender Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt mit dem Planungsbüro Stolzenberg Kontakt aufzunehmen, so dass das Planungsbüro Stolzenberg eine neue ablehnende Stellungnahme zum Regionalplan Windkraft erarbeitet.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Tagesordnungspunkte 13) und 14) werden gemäß Beschluss nicht öffentlich beraten. Die Öffentlichkeit verlässt nunmehr den Sitzungsraum. Die Sitzung wird von 21:45 Uhr bis 21:50 Uhr unterbrochen.

TOP 13: Grundstücksangelegenheiten

TOP 14: Vertragsangelegenheit

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Der Vorsitzende gibt die im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt.

Die Sitzung wird um 22:30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Protokollführer